

**Rede des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff
„Städte und Regionen im Wettbewerb –
Konkret Denken und Handeln in europäischen Dimensionen“
bei dem Kommunalkongress 2006
der Konrad Adenauer Stiftung
„Kommunikationsraum Stadt – Investieren in eine humane Zukunft:
Wer rettet unsere Städte jetzt?“**

**am 14. Juni 2006, 17.00 Uhr,
im phaeno in Wolfsburg**

Es gilt das gesprochene Wort!

Gliederung

1.) EU-Querschnittsthemen

- Strukturfondsförderung 2007 – 2013
- Europäischer Verfassungsvertrag
- Daseinsvorsorge
- Bürger in den Mittelpunkt der Kommunikation stellen
- Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch Migration

2.) Städte und Regionen – Zusammenarbeit in Gebietskulissen

- Neuaufstellung des Landesraumordnungsprogramms
- Modellkommunen
- Metropolregionen
- Transnationale Zusammenarbeit

3.) Attraktive Städte

- Internationalisierung anhand internationaler Einrichtungen und Events
- Business-improvement-Districts
- Attraktive Städte durch städtebauliche Planung
- Familienfreundlichkeit
- Niedersächsischer Staatspreis für Architektur
- Kommunale Seniorenpolitik
- Städtebauförderung
- Stärkung der Wettbewerbsposition durch regionale Kooperation

4.) Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für städtische Zentren

- Clusterbildung
- Stadt der Wissenschaft
- Beispiel Wolfsburg

6.) JadeWeserPort

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Städte und Regionen im Wettbewerb – konkret Denken und Handeln in europäischen Dimensionen“. Was bedeutet das für die Kommunal- und Landespolitik?

Lassen Sie mich zunächst einige zentrale kommunalpolitische Schwerpunkte der Landesregierung ansprechen.

Wir haben im Zusammenhang mit der Modernisierung der Landesverwaltung auch die Kommunalverwaltungen gestärkt. Unter Berücksichtigung der kommunalen Leistungsfähigkeit haben wir 72 Aufgaben, die zuvor von den Bezirksregierungen wahrgenommen wurden, den Kommunen übertragen.

Wir haben den Kommunen aber nicht nur die Aufgaben übertragen. Als Ausgleich gewährt die Landesregierung den Kommunen einen landesweiten und durchgerechneten Vollkostenausgleich für die neuen Aufgaben. Diese Aufgaben haben wir in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden bewertet. Herausgekommen ist ein Ausgleichsvolumen von rund 11,7 Mio. Euro, das den Kommunen nun jährlich zusätzlich bereitgestellt wird. Dieses aktuelle Beispiel zeigt: Wir reden nicht nur über Konnexität, sondern wir handeln bereits nach diesem Prinzip.

Die Verankerung des Konnexitätsgrundsatzes in der Niedersächsischen Verfassung ist inzwischen vom Kabinett beschlossen worden.

Die Kommunen sollen hierdurch künftig einen verbesserten Schutz vor finanziellen Mehrbelastungen im Falle zukünftiger Aufgabenübertragungen und Anforderungsveränderungen erhalten, sofern das Land diese verursacht hat. Damit sind die Beziehungen zwischen Land und Kommunen auf eine neue Basis, die von Verlässlichkeit und Partnerschaft geprägt ist, gestellt worden.

Wir sind damit dem von mir in meiner Regierungserklärung am 4. März 2003 angekündigten Pakt zur Stärkung der Kommunen ein gutes Stück näher gekommen. Nur starke Kommunen werden gemeinsam mit dem Land und dem Bund die vor uns liegenden Aufgaben lösen können.

In Deutschland existieren knapp 14.000 Städte und Gemeinden. Diese sind dicht besiedelt und stehen in einem Wettbewerb. Das ist gut, denn es spornt an.

Aber nicht alle haben gleich gute Ausgangschancen. Es gilt, Defizite auszugleichen. Hierzu will auch die Regional- und Strukturpolitik der EU beitragen.

EU-Querschnittsthemen mit Auswirkungen auf die Stadtentwicklung

Strukturfondsförderung 2007 – 2013

In die Vorbereitung der künftigen EU-Strukturfondsförderung müssen auch die Städte und Gemeinden eingebunden sein. Das war seit Beginn der Planung unser ureigenstes Anliegen. Deshalb suchen wir seit fast 2 Jahren den Dialog mit den regionalen Akteuren.

In vielen kleineren Veranstaltungen haben wir ihnen Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen einzubringen. Und die Städte und Gemeinden nutzen zu unserer Freude diese Chancen. Darüber hinaus haben wir in den vier Regionen des Landes jeweils 4 Regionalveranstaltungen durchgeführt mit großer Beteiligung. Auch dies wurde als Forum für die Bekundung der jeweiligen Interessenlagen genutzt.

Niedersachsen wird als einziges Land in Westdeutschland von 2007 – 2013 mehr EU-Mittel als in der aktuellen Förderperiode erhalten. Wir reden von rd. 600 Mio. mehr, also einem Gesamtumfang von fast 2,2 Mrd. Euro aus den Strukturfondstöpfen der EU. Wesentlicher Grund dafür ist die Klassifizierung des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburgs als Ziel 1-Gebiet. Das bedeutet, dass die Region für rd. 900 Mio. EU-Mittel Projekte generieren kann. Wir haben uns nachhaltig und mit Erfolg dafür eingesetzt, dass auch in Niedersachsen, was zunächst so nicht vorgesehen war, private Kofinanzierungsmittel zum Einsatz kommen können. In der neuen Förderperiode wird das gesamte übrige Land als Ziel 2-Gebiet von den Strukturfondsmitteln partizipieren und auch von der Tatsache, dass der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg Ziel 1-Gebiet ist. Von der bisherigen kleinteiligen Gebietskulisse ist die EU abgerückt, was ich nicht zuletzt im Interesse der Kommunen begrüße.

Im Vordergrund stehen dabei Maßnahmen und Projekte, die Beschäftigung, Wachstum und Innovation fördern und somit die Zukunftsfähigkeit der Kommunen stärken.

Das Themenspektrum der Förderpolitik ist umfangreich: Es reicht von der Förderung KMU über Bildung, Forschung und Entwicklung, Hochschulnahe Maßnahmen bis hin zur Infrastruktur, Tourismus und Umwelt.

Eine besonders wichtige Aufgabe liegt in diesem Zusammenhang darin, den Markt für Eigen- und Fremdkapital so auszugestalten, dass insbesondere mittelständische Unternehmen als Garanten für Arbeits- und Ausbildungsplätze ihre Entwicklungschancen ausschöpfen können. Es ist deshalb vorgesehen, bei der NBank entsprechende Fonds aufzulegen und mit EU-Mitteln in namhafter Höhe auszustatten.

Anfang April haben die drei maßgeblichen Institutionen auf EU-Ebene (KOM, Rat und EP) sich auf den künftigen Finanzrahmen für die Jahre 2007 – 2013 geeinigt. Die Einigung muss zwar noch formal angenommen werden, aber dem steht m. E. nichts entgegen.

Im Juli werden voraussichtlich die für die Praxis erforderlichen Strukturfondsverordnungen abschließend vorliegen. Davon gehe ich jedenfalls ganz fest aus. Dann können die operationellen Programme und Landesförderrichtlinien festgelegt werden.

Die Grundsätze der Ziel 1- und Ziel 2-Förderung hat das Kabinett Ende März festgelegt. Danach sollen nicht nur Förderprogramme auf Zuschussbasis aufgelegt werden, sondern auch Eigenkapitalhilfen oder Darlehen. Auch die Einführung des so genannten „Regionalisierten Teilbudgets“ ist beschlossen worden.

Damit hat die Landesregierung der Forderung der Kommunen entsprochen, dass über den Einsatz der EU-Strukturfondsmittel soweit wie möglich vor Ort entschieden werden kann. Die „Regionalisierten Teilbudgets“ können bei der NBank beantragt werden und ermöglichen es den Regionen in einem festgelegten Rahmen, die Auswahl von förderfähigen Projekten in hoher Eigenverantwortung zu handhaben.

Die Kommunen und Regionen sind gefordert, innovative Projektideen zu entwickeln.

Europäischer Verfassungsvertrag

Die „Europäische Verfassung“ wird eines der zentralen Themen der deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 sein. Ob der vorliegende Verfassungsvertrag Bestand haben wird, ist noch unklar. Ich gehe aber davon aus, dass sich die EU-Länder bis 2009 jedenfalls auf einen europäischen Grundlagenvertrag verständigen werden.

Wir haben uns für die Kommunen eingesetzt.

Für die Kommunen und Regionen würde es nach dem derzeitigen Stand Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Rechtsrahmen geben:

- 1.) Die ausdrückliche Anerkennung des Rechts auf lokale und kommunale Selbstverwaltung
- 2.) Die Einführung eines sog. „Frühwarnsystems“. Damit ist die EU-Kommission in eine stärkere Begründungspflicht genommen und muss Dokumente direkt an die nationalen Parlamente übermitteln.
- 3.) Kommunen müssen frühzeitig und im Vorfeld der Programmbeschlüsse und der Rechtsetzung konsultiert werden.

- 4.) Der Ausschuss der Regionen erhält ein eigenes Klagerecht im Falle der Verletzung von Subsidiarität bzw. der Verhältnismäßigkeit.

Diese Kompetenzerweiterung macht die Kommunen vom „Umsetzer und Anwender“ zum „Mitgestalter“ auf europäischer Bühne.

Daseinsvorsorge

Eine weitere Thematik europäischer Dimensionen ist die Daseinsfürsorge. In Deutschland erbringen u. a. Kommunen Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die EU-Kommission will nun den europäischen Markt für Dienstleistungen öffnen. Dies ist an sich ein vernünftiges Anliegen, aber es betrifft einen Bereich, der aus unserer Sicht gesondert betrachtet werden muss: die öffentliche Daseinsvorsorge.

Dabei geht es nämlich um die angemessene Grundversorgung für die Bürgerinnen und Bürger z.B. im Gesundheitswesen und im öffentlichen Personennahverkehr.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist bei uns historisch gewachsen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung trägt sie zum Gemeinwohl und zur Herstellung von Chancengleichheit bei.

Das zeigt sich in einem Flächenland wie Niedersachsen insbesondere beim Öffentlichen Personennahverkehr. Es ist eben nicht möglich, jede einzelne Buslinie in einer Region rentabel zu betreiben, wenn man auch Orte oder Ortsteile bedienen will, deren Fahrgastaufkommen gering ist.

Die Landesregierung hat im Einklang mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung die Bedeutung u. a. kommunaler Träger für die öffentliche Daseinsvorsorge und die Notwendigkeit, sie anders als private Dienstleistungen zu behandeln, immer wieder betont. Sie wird diese Haltung auch gegenüber dem seit dem 04.04.2006 vorgelegten geänderten Entwurf einer Richtlinie der EU-Kommission zum Ausdruck bringen.

Bürger in den Mittelpunkt der Kommunikation stellen

Ein weiteres Thema, das die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger betrifft, ist die Kommunikation von Europathemen. Es gilt, die Bürger in den Mittelpunkt der Kommunikation zu stellen.

Städte und Regionen werden getragen von ihren Bürgern. Sie sind es, die konkret denken und handeln. Wenn sie dies in europäischen Dimensionen tun sollen, dann müssen sie sich mit Europa identifizieren. Das Gegenteil scheint oft genug der Fall zu sein, wie Umfragen unter den Unionsbürgern belegen. Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden die EU-Bürokratie als überbordend. Entscheidungen auf europäischer Ebene sind für sie oft nicht nachzuvollziehen.

In Niedersachsen haben wir zur Verbesserung der Informationslage das in der Staatskanzlei angesiedelte Europäische Informations-Zentrum (EIZ). Das EIZ organisiert landesweit, und oft in enger Kooperation mit den Kommunen, Diskussionsforen, Bürgerfeste und Infostände. Gemeinsam werben wir vor Ort beim Bürger für Europa und machen ihn in Europathemen fit. Gegenwärtig arbeitet das EIZ mit Nachdruck daran, das Thema Europa vor allem Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Sie sind die Zielgruppe von heute *und* morgen. Ich lade Sie ein, das EIZ in Ihre Stadt, in Ihre Region zu holen. Wir bereichern Ihre Veranstaltungen gerne mit einem Europaangebot.

Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch Migration

Seit der Steinzeit unterliegen Städte und Regionen einem Wandel. Jericho sah 9000 v. Chr. anders aus als Lübeck um 1200 und Trier sah 30 v. Chr. anders aus als heute. Der Wandel bestimmt sich auch durch die Einwohnerschaft. Und da die Menschen sich nun mal nicht gleichmäßig über die Erde verteilen, entstehen Wanderungen. Heute sind es vor allem wirtschaftliche, politische oder soziale Gründe, die Menschen anderer Nationen zu uns in die EU und nach Deutschland bringen.

In Niedersachsen leben derzeit ca. 462.000 Ausländer, das sind rund 6% der Bevölkerung. In manchen städtischen Ballungsgebieten beträgt der Anteil an Zuwanderern 50 % und mehr. Dabei haben sich auch Parallelgesellschaften gebildet, in denen eigene Vorstellungen über Demokratie und die Rechte z.B. der Frau bestehen. „Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht teilnimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger“ hat Perikles, Staatsmann in Athen, einmal gesagt. Wir müssen deshalb die Bereitschaft zur Integration fördern. Dies erfordert auch, dass die hier lebenden ausländischen Mitbürger die hier geltenden Werte und Normen akzeptieren. Zwangsehen beispielsweise können und werden wir nicht tolerieren.

Die EU hat Ende 2005 einen Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung vorgelegt. Dieser konzentriert sich im Wesentlichen auf Fragen der Wirtschaftsmigration. Dies halten wir für unzureichend. Denn in Deutschland erfolgt die Zuwanderung überwiegend zur Familienzusammenführung und nicht aus ökonomischen Erwägungen. Für uns geht es deshalb vorrangig darum, die Integrationsfähigkeit und den Integrationswillen der hier lebenden Migranten und Migrantinnen zu stärken. Aus diesem Grund müssen wir auch den Spracherwerb wie Schul- Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten fördern. Quartiersmanagement in den Großstädten der EU, regionale und kommunale Bündnisse für Arbeit sind weitere wichtige Schritte. Wir wollen zusätzliche Deutschstunden für jugendliche Migranten anbieten - mit Sanktionsmöglichkeiten, d. h. auch Kürzung von Sozialleistungen bei Verletzung der Teilnahmepflicht. Das „Handlungsprogramm Integration“, von uns im Oktober beschlossen, sieht neben der Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse auch Informationen über unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung vor. Es bemüht sich um die Integration der Migrantinnen und Migranten und ihrer Kinder in die Schul-, Ausbildungs- und Arbeitswelt. Mit Planungen zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts an allgemeinbildenden staatlichen Schulen wollen wir den religiösen Dialog fördern. An der Universität Osnabrück wollen wir Fortbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für künftige islamische Religionslehrer schaffen.

Damit komme ich zu der Zusammenarbeit von Städten und Regionen in Gebietskulissen

Neuaufstellung des Landesraumordnungsprogramms

Der demographische Wandel führt zu erheblichen Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung von Staaten und Gesellschaften. Leider ist die demografische Lage in Gesamt-Niedersachsen noch nicht so hoffnungsvoll wie z. B. in Vechta.

Ich wünschte, alle Landesteile hätten einen solchen Kindersegen wie Weser-Ems. Aber, das ist - noch - nicht der Fall und im Übrigen ein europäisches und kein niedersächsisches Problem.

Der Niedersächsische Landtag hat zu dieser Thematik eine Enquête-Kommission eingesetzt.

Die Ergebnisse sollen in die **Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms** einfließen.

Das Landes-Raumordnungsprogramm soll dort regeln, wo die kommunale Verantwortung aufhört *und* es um die Entwicklung des Landes geht. Wir werden das Raumordnungsprogramm noch in dieser Legislaturperiode novellieren. An dem bundesweit geltenden Zentrale-Orte-Konzept mit Ober-Mittel- und Grundzentren wollen wir festhalten. Für Regionalplaner und Gemeinden wird es einen flexibleren Handlungsspielraum geben, die Raumordnung umzusetzen.

Eines kann ich Ihnen zusichern: Die Vorgaben der Landesraumordnung sollen kein Hindernis für gute Lösungen sein. Und gute Lösungen sind die, bei der die Gemeinde X mit ihrer Nachbargemeinde im Einvernehmen mit der Region einen Konsens findet.

Modellkommunen

Städte können nur konkret handeln, wenn sie die nötigen Befugnisse haben. Das heißt für das Land auch loszulassen und Befugnisse abzugeben. Dazu ist die Landesregierung bereit. Seit dem 1. Januar 2006 ist das Modellkommunen-Gesetz in Kraft. Die Landkreise Cuxhaven, Emsland und Osnabrück sowie die Städte Lüneburg und Oldenburg nehmen zusätzliche Aufgaben selbst wahr.

Von etwa 100 Gesetzen können sie abweichen:

- Genehmigungserfordernisse fallen weg
- sie können von ihnen selbst geführte Verwaltungsverfahren in kürzester Zeit zur Entscheidung bringen.

Ich glaube, dieses Modellkommunen-Gesetz ist ein positiver Beweis für konkretes Handeln und die praxisbezogene Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Wir wollen den Modellversuch in drei Jahren zum Gesetz und damit verbindlich für alle Kommunen in Niedersachsen machen.

Metropolregionen

„Wir müssen einen kühlen Kopf und ein heißes Herz haben“, das hat Konrad Adenauer einmal gesagt.

Ich möchte dieses Zitat auf die Metropolregionen anwenden.

Das sind in Niedersachsen drei:

1. Hannover-Braunschweig-Göttingen auf rein niedersächsischem Territorium
2. Bremen-Oldenburg
3. Hamburg

Die Metropolregionen sind ein neues Prädikat. Es bedeutet: Regionen arbeiten zusammen, um sich europaweit und im globalen Wettbewerb zu positionieren. Eine der Herausforderungen der Zukunft ist, kleinräumiges Konkurrenzdenken zu überwinden und *gemeinsame* Strategien zu entwickeln.

Die Metropolregion Hamburg hat sich bereits hervorragend etabliert. Angefangen hat es mit örtlichen Aktivitäten und dem Willen zusammenzuarbeiten. Zugrunde liegt ein Staatsvertrag zwischen Hamburg und Niedersachsen, der auch die Finanzierung und Zusammenarbeit in der Metropolregion und die Fortführung der Förderfonds regelt.

Die Metropolregionen Hannover-Braunschweig-Göttingen und Bremen-Oldenburg blicken demgegenüber auf eine kürzere Historie zurück. Sie haben ihre Anerkennung erst im letzten Jahr erfahren. Aber sie können von ihren Erfahrungen aus anderen Kooperationsverbänden profitieren.

Hannover-Göttingen-Braunschweig hat bereits Projekte initiiert wie „Internationalisierung“ und „Metropoliticket“. Damit möchte sie die Infrastruktur verbessern. Weitere innovative Projekte laufen oder sind in der Planung.

Bremen-Oldenburg will einen Verein gründen, der die Metropolregion auf ein tragfähiges Fundament stellt.

Ich bin überzeugt, Erfolg ist nicht immer eine Frage des Geldes. Mit Engagement und kreativer Eigeninitiative wird der „bottom up“ zum Erfolg führen. Dort wo wir unterstützen können, wollen wir das gerne tun.

Konfuzius hat einmal gesagt: „Ist man in kleinen Dingen nicht geduldig, bringt man die großen Vorhaben nicht voran“. In diesem Sinne denke ich, dass alle drei Metropolregionen wichtige Impulse für die Entwicklung ihrer Regionen auslösen werden.

Innovative Konzepte der regionalen und kommunalen Zusammenarbeit sind wünschenswert und werden vom Land unterstützt.

Transnationale Zusammenarbeit

Eine weitere europäische Dimension stellt die **transnationale Zusammenarbeit** dar.

Regionale Entwicklung im heutigen Europa vollzieht sich zunehmend in grenzüberschreitenden europäischen Wirtschaftsräumen. Neben der Ostseeregion ist dafür auch der Nordseeraum ein gutes Beispiel. Die EU stellt dafür auch künftig Mittel zur Verfügung.

Niedersachsen profitiert in besonderem Maße im Küstenraum davon.

So will Emden mit dem Projekt „Liveable City“ die Attraktivität der Innenstadt erhöhen. Städte aus anderen Nordseeanrainern sind ebenfalls beteiligt. Die Wesermarsch hat z.B. mit zwei Projekten die Kooperation von Dienstleistungsunternehmen in ländlichen Gemeinden gefördert. Europa wächst noch weiter zusammen. Damit wird auch der Erfahrungsaustausch für die Lösung lokaler und regionaler Probleme zunehmen. Das gilt ebenso für die regionale Abstimmung von Positionen zu Initiativen auf europäischer Ebene.

Internationalisierung anhand internationaler Einrichtungen und Events

Ein wichtiger Faktor ist die Internationalisierung Niedersachsens. Sie ist ein herausragendes Ziel unserer Regierungsarbeit. Es gilt, die Anstrengungen zu steigern, die mittelständische Wirtschaft zu internationalisieren. Exportierende Unternehmen sind in der Regel innovativer als Nicht-Exporteure (80 %:55 %). Sie führen mehr als doppelt so viel echte Marktneuheiten ein und betreiben in weit größerem Umfang Forschung und Entwicklung (34 %:4 %).

Lassen Sie mich hier beispielhaft den Ausbau unseres Netzes an Auslandsvertretungen in enger Kooperation mit den Repräsentanten der Nord/LB und der Deutschen Messe AG erwähnen. Am 1. Juni 2005 hat das Niedersachsen-US Business Center in den Räumen der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in Atlanta seine Arbeit aufgenommen.

In Moskau und Warschau sind wir bereits seit mehreren Jahren mit Repräsentanzen vertreten. In Vorbereitung ist die Eröffnung einer Repräsentanz in Shanghai. Bei der Vereinigung der Handwerkskammern Hannover unterstützt die Osteuropaagentur mit Hilfe des Landes Niedersachsen Handwerksbetriebe aus Niedersachsen international wettbewerbsfähig zu werden.

Delegationsreisen in das Ausland unter meiner Leitung oder der meiner Kabinettskollegen sind eine weitere Maßnahme, kleinen und mittleren Unternehmen aus Niedersachsen den Einstieg in ausländische Märkte zu erleichtern. Auch unsere Hochschulen können im Rahmen ihrer Kooperationen mit ausländischen Partnern von solchen Reisen profitieren.

Unsere Kinder und Enkel werden in Zukunft in europäischen und globalen Kontakten lernen und handeln müssen, wenn Niedersachsen konkurrenzfähig und innovativ bleiben will.

Ganz wichtig ist daher auch der Aufbau internationaler Bildungs- und Schulungsangebote in Niedersachsen selbst.

Dazu zählen die Deutsche Management Akademie Niedersachsen in Celle, die „International School Hannover Region“ (ISHR) und das Jugenddorf Christopherusschule Braunschweig/Wolfsburg. Um einen MBA-Abschluss zu machen, muss man heute auch nicht mehr in die USA reisen, sondern kann dies in der neu strukturierten „GISMA, Hanover Business School“ erledigen.

Business-improvement-Districts

Zur Internationalisierung gehört auch der Blick auf andere. Ein solches Beispiel sind die Business-Improvement-Districts.

Stadtzentren sind seit mehreren Jahren aus unterschiedlichen Gründen starken Veränderungen ausgesetzt. Daher sind der Erhalt und die Schaffung lebendiger Innenstädte eine wichtige Herausforderung an die kommunale Politik. Innerstädtischer Einzelhandel vor allem in Mittel- und Oberzentren ist unter Druck geraten.

Es ist daher zu begrüßen, dass Grundstückseigentümer, Gewerbetreibende und Bewohner Initiativen ergreifen, um in freiwilligen Kooperationen ihren Stadtteil attraktiver zu machen. Aus den USA stammt der Entwicklungsansatz BID als Kürzel für Business Improvement Districts.

Dort haben die Kommunen allerdings keine vergleichbaren Gestaltungsrechte und Aufgaben, sondern privaten Aufgabenträgern werden auf Antrag solche Rechte vom Staat verliehen, um Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse in Form von „special districts“ umzusetzen. In Deutschland jedoch kommt es dadurch zur Überschneidung von kommunalen Pflichtaufgaben, freiwilligen kommunalen Leistungen und Marketingaufgaben der Wirtschaft.

Hamburg und Hessen waren die ersten deutschen Bundesländer mit einem BID-Gesetz, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegen den Landtagen Gesetzentwürfe vor.

Mit einem Gesetz wird die Grundlage dafür geschaffen, alle Grundstückseigentümer im so genannten Innovationsbereich für einen begrenzten Zeitraum zu zusätzlichen öffentlichen Abgaben heranziehen zu können. Dieser Innovationsbereich wird durch Rechtsverordnung festgelegt.

Leider gibt es bei diesem Vorgehen eine Reihe von „Stolpersteinen“. Ich nenne hier nur stichwortartig die Punkte

- Zwangsmitgliedschaft
- Sonderabgabe
- Demokratiedefizit
- Gleichbehandlungsgrundsatz

Bei all diesen Punkten gibt es erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, die nicht außer Acht gelassen werden können. Insofern müssen bei der Diskussion eines BID-Gesetzes diese Punkte erst geklärt werden, denn sonst werden wir womöglich vom Verfassungsgericht gezwungen, das Gesetz wieder zurückzunehmen, und damit ist niemandem geholfen.

Städte in Europa sind der Motor des Standings einer Region oder Nation. In Zeiten erhöhten Wettbewerbsdrucks und alternder Bevölkerung werden gerade ihnen Spitzenleistungen abverlangt. Die Menschen sind heutzutage mobiler. Sie sind bereit, ihren Wohnort schneller zu wechseln, wenn die Ausgangsbedingungen nicht stimmen. Aus meiner Sicht stehen zurzeit folgende Themenschwerpunkte im Mittelpunkt des politischen Entscheidungsbedarfs:

Attraktive Städte durch städtebauliche Planung

Der Schwerpunkt muss die Innenentwicklung der Städte sein. Und deren Attraktivität bemisst sich daran, ob sie z. B. sicher und gepflegt sind, ein „grünes Herz“ haben und interessante Geschäfte.

Die Landesregierung wird die Attraktivität der Städte weiter erhöhen und durch verschiedene Aktivitäten unterstützen.

In Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft haben wir die „Initiative Ab in die Mitte“ gestartet. Mit Aktionsvorhaben aus allen möglichen Bereichen wie Sport oder Kultur wollen wir die Menschen wieder ins Zentrum holen. Vitalisierung statt Verödung und Uniformierung.

Allein in diesem Jahr nehmen 13 Städte (von Alfeld/Leine bis Wolfenbüttel) daran teil. Beispielfhaft erwähne ich Göttingen. Die Stadt wird sich im Oktober die positiven Eigenschaften des Lichts zu Eigen machen und von flambierten Köstlichkeiten bis „Moonlight – Shopping“ viele Angebote bereitstellen. Wichtige Impulse verspreche ich mir in diesem Zusammenhang auch von der künftigen Regional- und Strukturförderung, die auch darauf abzielt, vorhandene Stärken in den Kommunen auszubauen.

Familienfreundlichkeit

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung der „Familienfreundlichkeit“.

Familienfreundlichkeit ist inzwischen zu einem bedeutsamen Standortfaktor für die Kommunen geworden.

Insbesondere Großstädte werden gerade von Bewohnern der Altersklassen von 30 bis 45 Jahren verlassen. Hierdurch verlieren diese Städte ein für ihre Entwicklung entscheidendes Potenzial. Wohnortnahe Kinderbetreuungsangebote, gute Einkaufsmöglichkeiten und Schulen machen die Städte für diese Klientel wieder attraktiv.

Deutschland zählt mit einer Geburtenrate von 1,36 zu den Schlusslichtern in Europa. Spätestens nach dem Jahr 2015 wird in Deutschland das Angebot an Arbeitskräften wegen des Bevölkerungsrückgangs spürbar abnehmen.

Die Nachfrage nach qualifiziertem Personal wird steigen, der sich jetzt schon abzeichnende Fachkräftemangel noch deutlicher hervor treten. Wir werden es uns daher nicht mehr leisten können, auf das Potenzial der gut ausgebildeten jungen Frauen zu verzichten. Wir werden dazu aber auch dem Wunsch junger Frauen sowie junger Männer nach einem Leben mit Familie und Beruf Rechnung tragen müssen.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind gefragt, wenn es darum geht, Familien besser in unsere Gesellschaft einzubetten, die Lebens- und Arbeitsbedingungen familienfreundlicher zu gestalten. Es gilt, insbesondere flexible und qualitativ gute Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen und auszubauen.

Wir brauchen aber auch Unternehmen, die eine familienfreundliche Unternehmenskultur „leben“ und dadurch ihre qualifizierten Beschäftigten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen halten oder entsprechende Fachkräfte gewinnen können. Um kleinen und mittleren Betrieben diesen Schritt zu erleichtern, unterstützt sie die Landesregierung praktisch und finanziell, das Zertifikat „Audit Beruf & Familie“ der gemeinnützigen Hertiestiftung zu erlangen.

Niedersächsische Kommunen tragen ganz erheblich dazu bei, die Lebenswirklichkeit von Familien positiv zu beeinflussen. Von insgesamt 290 „Lokalen Bündnissen für Familien“ im Bundesgebiet liegen knapp 40 in Niedersachsen. Das ist eine großartige Leistung der Kommunen, für die ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Ihnen bedanken möchte.

Nicht von ungefähr ist die Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ auf so fruchtbaren Boden gefallen. Die von der Landesregierung eingesetzten Koordinierungsstellen zur betrieblichen und beruflichen Förderung von Frauen mit ihren 750 Verbundbetrieben sind vielfach die Initiatoren für „Lokale Bündnisse für Familien“.

Niedersächsischer Staatspreis für Architektur

Ein wichtiger Beitrag der Landesregierung zu diesem Themenfeld ist der Niedersächsische Staatspreis für Architektur, der in Kooperation mit der Architektenkammer Niedersachsen verliehen wird.

In diesem Jahr lautet das Motto: „Wohnen und Arbeiten im Quartier - neue Formen der Nutzungsmischung unter besonderer Berücksichtigung des Lebens mit Kindern“.

Prämiert werden sollen Projekte, die den sich abzeichnenden Herausforderungen der demografischen Entwicklung in besonderer Weise begegnen.

Die Landesregierung erhofft sich vorbildliche architektonische und städtebauliche Lösungen, die neue Formen der Nutzungsmischung - von Wohnen und Arbeiten und familiengerechten Strukturen - aufzeigen.

Fachleute sind zur Teilnahme genauso aufgefordert wie Bauherren und Wohnungsunternehmen. Wir suchen innovative Ideen und fordern Sie zur Mitwirkung auf!

Kommunale Seniorenpolitik

Die Menschen werden zunehmend älter. Wir müssen uns darauf einstellen.

Senioren werden in unserer Gesellschaft oftmals an den Rand gestellt. Dabei benötigen manche von ihnen Zuwendung und Hilfe, viele Senioren können aber sehr aktive Glieder ihrer Kommunen sein, deren Potentiale nach wie vor nicht überall erkannt werden.

Hilfsangebote müssen für Bedürftige ohne Schwierigkeiten in Anspruch genommen werden können. Voraussetzung dafür ist ein allgemein bekanntes und transparentes Angebot.

Verschiedene Dienste und Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Pflege und der Selbst- und Nachbarschaftshilfe stehen für Rat- und Hilfesuchende bereit.

Sie sorgen dafür, dass ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger solange als irgend möglich ein Leben in ihrer angestammten Umgebung führen können.

Damit wird auch der Vereinsamung entgegen gewirkt.

Um solche Bedingungen zu erreichen, bedarf es verstärkt des vernetzten Handelns in der kommunalen Seniorenpolitik und der kommunalen Altenhilfe. Hier besteht nach den Erkenntnissen aus dem Landespflegebericht 2005 des zuständigen Sozialministeriums vielerorts noch Informations- und Überzeugungsbedarf.

In vielen Kommunen kann an bestehende oder in Entwicklung befindliche Strukturen der *systematischen* Vorsorge für die ältere Generation angeknüpft werden.

Ein flächendeckender Aufbau entsprechender Koordinierungsstellen ist wünschenswert.

Modellhafte Gerontopsychiatrische Zentren in Hannover und Braunschweig belegen deren positive Wirkungen und den Nutzen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Wir brauchen solche Projekte für die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger. In der Verantwortung stehen dabei neben Kommunen und Land die Kranken- und Pflegekassen, die Träger der Dienste und Einrichtungen für alte Menschen und ihre Verbände sowie die Wohnungswirtschaft.

Das Ziel könnte ein gemeinschaftlich durchgeführtes Programm im Sinne einer konzertierten Aktion sein.

Städtebauförderung

In diesem Kontext kommt der Städtebauförderung eine besondere Bedeutung zu.

Wohnungsleerstand, Industrie- und Bundeswehrbrachen stellen eine der größten Herausforderungen in der Stadtentwicklungspolitik dar.

Mit der Städtebauförderung und den europäischen Fördermitteln der Strukturfonds gestalten wir in Niedersachsen aktiv den Strukturwandel und wollen dies künftig fortsetzen.

Gerade die Städtebauförderung ist wesentlicher Baustein einer nachhaltigen Standortpolitik. Hierzu gehört auch der integrative Ansatz, den das Förderungsprogramm „Soziale Stadt“ verfolgt.

Städtebauförderung dient dem sozialen Frieden – was ein ganz wesentlicher Standortvorteil des Wirtschaftsraumes Deutschland ist.

Städtebauförderung und Stadtentwicklung gehen damit weit über rein bauliche Aufgaben hinaus. Sie verknüpfen Wohnungs-, Arbeits- und Sozialpolitik und sind damit nicht nur unverzichtbarer Bestandteil jeder Wirtschaftsförderung. Sie dienen dazu, die Lebensqualität unserer Bürger nachhaltig zu verbessern.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft Städtebauförderungsmittel zur Verfügung stellen.

Stärkung der Wettbewerbsposition durch regionale Kooperation

Die mit dem demographischen und wirtschaftlichen Wandel einhergehenden Herausforderungen lassen sich häufig nur durch regionale Kooperationen bewältigen.

Auf Dauer werden nachhaltige Siedlungsformen nur durch enge Abstimmung der Kernstädte mit den Nachbargemeinden zu erreichen sein. Denken Sie z. B. bei der zurückgehenden Geburtenzahl an das Vorhalten von Kindergärten. Wie viele Plätze benötige ich am Wohnort, wie viele am Ort des Arbeitsplatzes der Eltern für eine bedarfsgerechte Sicherstellung? Solche Rahmenbedingungen lassen sich nur in Netzwerken auf regionaler Ebene lösen. Die bedarfsgerechte Sicherstellung der notwendigen Infrastruktur ist ein wesentlicher Stadortfaktor aller eingebundenen Gemeinden!

Dafür müssen neue institutionelle Formen der regionalen Zusammenarbeit genutzt werden. Für die Zukunft wird gelten:

Stadtpolitik ist immer auch Regionalpolitik. Die Zukunft einer Stadt liegt in ihrer Region. Das Umland mit ihren Gemeinden lebt von der Kernstadt. In mehreren Teilen des Landes sind Städte und Gemeinden zu Stadtregionen zusammen gewachsen. Mit regionaler Kooperation und Aufgabenteilung sind sie wettbewerbsfähiger, um Aufgaben effektiver, bedarfsgerechter und nachhaltiger zu bewältigen.

Ich kann Ihnen nur Mut machen zu solchen Kooperationen, ob nun nur auf kommunaler Ebene oder unter Einbindung von Handel, Wirtschaft, Kirchen oder Verbänden. Wichtig sind stabile Kooperationsstrukturen, Offenheit für Innovationen und Berücksichtigung der besonderen Stärken der einzelnen Akteure.

Eine besondere **Bedeutung kommt Wissenschaft und Forschung für städtische Zentren** zu.

Clusterbildung

Wissenschaft und Forschung sind schon seit dem letzten Jahrhundert treibende Kräfte für städtische Entwicklung sowohl in kultureller wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

In der Industriegesellschaft waren Arbeit, Kapital und Boden die entscheidenden Produktionsfaktoren. In der Wissensgesellschaft sind Innovation und Expertise als entscheidende Elemente für eine positive wirtschaftliche Entwicklung hinzugekommen.

Erfolgreiche Städte haben deshalb die Themen „Wissenschaft“ und „Forschung“ ganz oben auf ihre Agenda gesetzt.

Nicht nur in dem Sinne, dass sie Hochschulen oder Max-Planck-Institute vor Ort ansiedeln wollen. Vor allem versuchen die Städte gemeinsam mit Partnern in den Regionen oder dem Großraum Netzwerke aus Produzenten, Dienstleistern und Wissenschaft zu knüpfen. So wollen sie eine höhere Innovations- und Entwicklungsdynamik vor Ort sichern.

Städtische Politik geht dabei weit über die eigenen Grenzen hinaus – sie schafft Cluster über politische, institutionelle und Branchengrenzen hinweg.

In Niedersachsen ist besonders die Region Braunschweig/Göttingen hervorzuheben, ist sie doch die europäische Region mit der höchsten FuE-Intensität in ganz Europa. Das wird ihr seit Jahren von EuroStat, dem Statistikamt der Europäischen Region bescheinigt.

Peter Gruss, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft hat dazu formuliert: „Die Stellung des Clusters Süd-Niedersachsen auf dem Gebiet [der Biotechnologie und Biomedizin] wird weiter gestärkt. [...] Tatsächlich ist Süd-Niedersachsen ein gutes Beispiel für die Tragfähigkeit des Konzepts der Clusterbildung.“

Ich will nicht verschweigen, dass die Region Braunschweig/Göttingen dennoch vor großen Herausforderungen steht: Jetzt gilt es z.B. für Göttingen, die wissenschaftliche Position im internationalen Wettbewerb weiter auszubauen und gleichzeitig diese wissenschaftliche Stärke enger mit den heimischen Unternehmen und Netzwerken zu verknüpfen. Hierdurch werden die vorhandenen innovativen Branchen wie die Biotechnologie, die Medizin oder die Lasertechnik ebenso wie die Optische Industrie gestärkt.

In Braunschweig arbeiten die Technische Universität und Fachhochschule schon seit Jahrzehnten eng mit den Unternehmen vor Ort zusammen. Die europäischen Zahlen zur Forschungsdichte belegen das auch eindrücklich.

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, zwei Fraunhofer-Institute (Holzforschung und Schicht- und Oberflächentechnik), das „Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)“, die „Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF)“, das „Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung“, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, das Zentrum für Flugsicherung bestätigen die positive Entwicklung.

Stadt der Wissenschaft

Braunschweig hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Stadt der Wissenschaft zu werden. Und Braunschweig hatte Erfolg – es wird 2007 die deutschlandweite „Stadt der Wissenschaft“ sein.

Nicht nur die intelligente Bewerbung unter dem Titel „Ideenküche Braunschweig“, die eine ganze Region von der Vorspeise bis zum Nachtisch zusammen bringt, hat dabei geholfen. Um sich gegen harte Mitbewerber wie Aachen und Freiburg i.Br. durchzusetzen, hat die Stadt auch massiv in den Erfolg bei dieser Bewerbung investiert.

Dazu meine ausdrückliche Anerkennung!

Beispiel Wolfsburg

Um in der Region von Süden nach Norden zu gehen: Auch Wolfsburg setzt bei seiner Entwicklung verstärkt auf Wissenschaft: Das Science-Center Phaeno, das ich vor einigen Monaten eingeweiht habe und wo wir heute zu Gast sind, ist sicherlich eines der spektakulärsten Projekte im Bereich Wissenschaftsvermittlung der letzten Jahre.

Seit 2004 unterstützen das Land Niedersachsen und die Stadt Wolfsburg außerdem den Aufbau einer Fraunhofer-Projektgruppe mit insgesamt 1,4 Mio. Euro.

Wolfsburg ist damit neben Hannover und Braunschweig der dritte Fraunhofer-Standort in Niedersachsen. Damit werden auch die Bemühungen des hier ansässigen Fachbereichs Fahrzeug-, Produktions- und Verfahrenstechnik der Fachhochschule von Erfolg gekrönt, der sich in Ergänzung zu den „klassischen Ingenieurstandorten“ Hannover und Braunschweig entwickelt hat.

Die genannten Beispiele zeigen, wie weit oben auf den lokalen Agenden das Thema „Wissenschaft“ steht. Sie zeigen auch, dass es verschiedene Ansätze gibt, Wissenschaft und Forschung in die lokale und regionale Entwicklungsplanung zu integrieren.

JadeWeserPort

Die wirtschaftlichen Perspektiven für den Nordwesten Niedersachsens sind so gut wie seit Jahrzehnten nicht. Insbesondere der JadeWeserPort hat hier Ankerfunktion. Mit dem Ende März erfolgten Zuschlag der Betreiberkonzession an die Eurogate Unternehmensgruppe ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Realisierung des mit Abstand größten und bedeutendsten Infrastrukturprojektes, das Niedersachsen und Bremen seit Jahrzehnten auf den Weg gebracht haben, getan worden.

Die Globalisierung befördert die internationale Arbeitsteilung. Die Logistik ist damit auf Jahrzehnte eine Wachstumsbranche par excellence. Das gilt besonders für den internationalen Containerschiffsverkehr.

Die Umsätze in diesem Geschäftsfeld wachsen anhaltend. Und auch was die Schiffsgrößen angeht, nehmen die Dimensionen stetig zu. Der JadeWeserPort ist damit die exakt angemessene Antwort auf die Erfordernisse der globalisierten Wirtschaft und insofern ein hervorragender Beitrag, um die Wettbewerbsstellung Nordwestdeutschlands auf dem Feld der internationalen Logistik entscheidend zu stärken.

Wilhelmshaven ist mit seiner besondere Fahrwassertiefe direkt an der Jade wie geschaffen für die neue Generation der Super-Containerschiffe, die diesen Hafen anlaufen können.

Wir erwarten mit der Realisierung des Projektes JadeWeserPort etwa 2.000 neue direkte und indirekte Arbeitsplätze. Schon das wird dem Nordwesten einen Wachstumsschub bescheren. Darüber hinaus zeichnet sich schon jetzt ab, dass der anvisierte Hafen Anziehungskräfte für weitere Engagements entfaltet.

Jedenfalls sind weitere Projekte von ganz erheblichem Gewicht geplant bzw. bereits eingeleitet: Der britische Chemiekonzern Ineos plant eine erhebliche Erweiterung seiner Chemieaktivitäten mit bedeutenden Begleitinvestitionen, die Wilhelmshavener Raffinerie soll unter dem neuen Eigentümer ConocoPhillips wesentlich ausgebaut werden, E.ON-Ruhrgas prüft den Bau eines Flüssiggas-Terminals, und schließlich ist ein Ausbau der Kraftwerksaktivitäten am Standort Wilhelmshaven vorgesehen. Insgesamt geht es hier um Investitionen, die mehrere Milliarden Euro ausmachen werden.

Die Niedersächsische Landesregierung wird alles tun, damit diese zentralen wirtschaftspolitischen Projekte zügig und erfolgreich umgesetzt werden.

Anrede,

Roman Herzog hat in seiner Weihnachtsansprache 1998 gesagt: „In die Zukunft blicken, in der Gegenwart leben, aus der Vergangenheit lernen“. Dem schließe ich mich an. Denn mit der Vision von heute gestalten wir die Städte und Regionen von morgen. Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie uns gemeinsam Visionen entwickeln und an deren Umsetzung arbeiten.